



Niederschrift über die Sitzung des Hauptausschusses der Stadt Biberach - öffentlich -

am 27.06.2016

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 20:00 Uhr

Das Gremium besteht aus Oberbürgermeister und 15 Mitgliedern

Anwesend sind

Vorsitzende/r:

Oberbürgermeister Norbert Zeidler

Mitglieder:

Stadtrat Tom Abele
Stadtrat Rainer Etzinger
Stadträtin Steffi Etzinger
Stadtrat Christoph Funk
Stadträtin Marlene Goeth
Stadträtin Monika Holl
Stadträtin Manuela Hölz
Stadträtin Elisabeth Jeggle
Stadträtin Gabriele Kübler
Stadtrat Dr. Rudolf Metzger
Stadtrat Dr. Peter Schmid
Stadtrat Peter Schmogro
Stadtrat Johannes Walter
Stadtrat Dr. Manfred Wilhelm

Stellvertreter/in:

Stadtrat Ulrich Heinkele

entschuldigt:

Stadtrat Reinhold Hummler

Gast:

Stadträtin Lucia Authaler

Protokollführer:

Florian Achberger, Schriftführung

Öffentliche Sitzung des Hauptausschusses am 27.06.2016

Verwaltung:

Walter Boscher, Ringschnait	bis TOP 6 ö
Frank Brunecker, Museum Biberach	
Klaus Buchmann, Kulturamt	bis TOP 6 ö
Kerstin Buchwald, Wieland-Stiftung	
Uwe Degreif, Museum Biberach	bis TOP 6 ö
Irene Emmel, Amt f.Liegenschaften u.Wirtschaftsförd.	
Andrea Fischer, Personalrat	ab TOP 5 ö
Baubürgermeister Christian Kuhlmann	
Margit Leonhardt, Kämmereiamt	
Frank Raumel, Stadtbücherei	
Kulturdezernent Dr. Jörg Riedlbauer	
Tanja Schneider, Amt für Bildung,Betreuung u,Sport	
Joachim Simon, Hauptamt	
Werner Szollar, Volkshochschule	
Erster Bürgermeister Roland Wersch	
Andreas Winter, Bruno-Frey-Musikschule	

Tagesordnung

TOP-Nr.	TOP	Drucksache Nr.
1.	Hochwasser	
2.	Kindergartenbedarfsplanung und Kindergartenbericht 2015/16	122/2016
3.	Erstellung einer Meldestelle und eines Richterhauses für Veranstaltungen der Reitervereinigung Biberach e. V. - Zuschuss der Stadt Biberach	125/2016
4.	Genehmigung der Übernahme eines Abmangels bei den Märkten für das Jahr 2015	139/2016
5.	Fortschreibung des Kulturbudgets für den Zeitraum 2017-2019	118/2016
6.	Kulturbericht 2013-2014-2015 Kulturausblick 2016-2017-2018-2019-2020	119/2016
7.	Finanzierung MuBiGs-Unterricht ab 2016	108/2016
8.	Bruno-Frey-Musikschule Erhöhung der Gebühren und Änderung der Benutzungsordnung	107/2016
9.	Erhöhung des Museumseintritts	120/2016
10.	Anpassung der vhs-Entgelte	102/2016
11.	Bekanntgabe von in nichtöffentlichen Hauptausschusssitzungen gefassten Beschlüssen - HA 25.02.16, 17.03.16 und 21.04.16	128/2016
12.	Verschiedenes – FDP-Antrag zur Information über Hochwasserschutzmaßnahmen	

Die Mitglieder wurden am 17.06.2016 durch Übersendung der Tagesordnung eingeladen. Zeitpunkt und Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wurden durch Veröffentlichung in BIBERACH KOMMUNAL am 22.06.2016 ortsüblich bekannt gegeben.

TOP 1. Hochwasser

Vor Eintritt in die Tagesordnung berichtet OB Zeidler kurz über das Hochwasserereignis am vergangenen Wochenende. Wie bereits vor drei Wochen seien innerhalb kürzester Zeit rund 90 Liter Regen pro Quadratmeter herabgegangen. Besonders betroffen gewesen seien der östliche Teil der Stadt, Ringschnait, Bachlangen und Mettenberg. Auch das Firmengelände Liebherr sei getroffen worden. Insgesamt seien 270 Schadensmeldungen eingegangen. Rund 250 Einsatzkräfte seien im Einsatz gewesen, darüber hinaus 18 Feuerwehrfahrzeuge aus Biberach sowie 23 aus dem Umland. Er möchte die Gelegenheit nutzen, allen Helfern und auch den Mitarbeitern des Baubetriebsamts seinen Dank auszusprechen.

TOP 2. Kindergartenbedarfsplanung und Kindergartenbericht 2015/16 122/2016

Dem Hauptausschuss liegt die Drucksache Nr. 122/2016 zur Vorberatung vor. Dieser Niederschrift liegt als **Anlage** die Powerpoint-Präsentation von Frau Schneider bei.

Amtsleiterin Schneider führt aus, dass bereits in zwei Ortschaften über den Kindergartenbedarfsplan abgestimmt worden sei. In Stafflangen sei diesem zugestimmt worden, in Ringschnait sei er abgelehnt worden. In Ringschnait habe sich die Platzsituation seit vergangenen Freitag aber durch Wegzüge etwas verbessert. Für nächstes Jahr gebe es somit wieder Plätze, so dass auch die fünf Kinder, die sich aktuell auf der Warteliste befinden, mit aufgenommen werden können. Was die Planungen insgesamt anbelange, verweist Amtsleiterin Schneider auf die recht konstanten Geburtenzahlen. Die stark gestiegenen Flüchtlingszahlen würden sich noch nicht in den Planungen widerspiegeln, da der starke Zuzug erst nach dem Stichtag erfolgt sei. Die Flüchtlingszahlen seien daher in einem separaten Punkt behandelt worden. Für das Jahr 2015 wurden 32.600 Einwohner zugrunde gelegt mit einer Geburtenquote von durchschnittlich 0,88 Prozent, was 287 Geburten pro Jahr entspreche. Im Vorjahr habe es 283 Geburten gegeben. Bei den Kindern über drei Jahren sei eine Planungsquote von 95 Prozent zugrunde gelegt worden. Das heißt es werde davon ausgegangen, dass 95 Prozent aller Ü3-Kinder einen Kindergarten besuchen. Fünf Prozent seien abgezogen worden, dies seien jene Kinder, die einen Schulkindergarten besuchen. Bei den Kindern unter drei Jahren gebe es eine perspektivische Nachfragequote von 45 Prozent. Hiervon entfallen 66 Prozent auf den Krippenbereich und 34 Prozent auf den Kindergartenbereich. Aus der Bedarfsplanung insgesamt habe sich ergeben, dass nahezu alle Kinder über drei Jahre eine Kindertageseinrichtung besuchen. Die Nachfrage und Inanspruchnahme von Betreuungsangeboten für Kinder unter drei Jahren steige weiterhin, sowohl im Kindergarten- als auch im Krippenbereich. Bei den Ü3-Kinder gebe es einen Versorgungsgrad von 112 Prozent, im Vorjahr habe dieser bei 110 Prozent gelegen. Bei den U3-Kindern sei die Bedarfsquote perspektivisch zu sehen und liege bei 45 Prozent. Eine starke Nachfrage gebe es insbesondere bei Kindern zwischen zwei und drei Jahren. Die Betriebsformen müssten dieser Nachfrage angepasst werden, was auch der Beschlussvorlage entnommen werden könne. Insgesamt gebe es eine steigende Nachfrage nach Ganztagesbetreuung. Bei den Kindern über drei Jahren seien die bereits geborenen Kinder die Grundlage für die Planungen. Für die nächsten vier Jahre rechne sie insgesamt mit einer Versorgungsquote von 112 Prozent. In Biberach gebe es 1243 Plätze, Bedarf gebe es für 1110 Kinder, somit betrage der Überhang im Ü3-Bereich 133 Plätze. Die Stadtteile seien bei der Bedarfsplanung separat betrachtet worden, denn Einrichtungen könnten nur bedingt mit Kindern aus anderen Stadtteilen belegt werden. Um Leerstände zu vermeiden solle das Betreuungsangebot bedarfsorientiert ausgebaut werden. Durch Ausweisungen von Baugebieten gebe es immer wieder einmal Engpässe, hier gelte es, Lösungen und Kompromisse zu finden. Im Bereich U3 entspreche die Versorgungsquote von 45 Prozent 385 Plätzen. Unter Berücksichtigung von Ein- und Auspendlern entspreche dies einem Bedarf von 404 Plätzen. Im Bereich Kinderkrippen und Tagespflege liege der Bedarf bei 280 Plätzen. Allerdings betrage der Bestand nur 202 Plätze. Das heißt, dass es perspektivisch ein Defizit von 78 Plätzen gebe, weshalb man sich mittelfristig auf die Suche nach neuen Standorten für Krippenplätze machen müsse. Beim Versorgungsbereich U3 im Kindergartenbereich sei ein Bedarf von 124 Plätzen errechnet worden. Der Bestand betrage 67 Plätze. Bei den Kindergartenplätzen gebe es somit ein Defizit von 57 Kindergartenplätzen. Allerdings gebe es bereits gesamtstädtische Planungen für zusätzliche 85 Kindergartenplätze. Somit reduziere sich das Defizit auf 29 Plätze. Aktuelle Maßnahmen seien der Kindergarten St. Ulrika Nisch, der saniert und erweitert werde. Darüber hinaus der Kindergarten Memelstraße, wo eine neue Kindertages-

stätte mit vier Gruppen eingerichtet werde und zwölf zusätzliche Plätze entstehen. Der katholische Kindergarten St. Remigius in Stafflangen werde derzeit ebenfalls erweitert, der katholische Kindergarten in Rißegg erhalte 22 zusätzliche Plätze, mit der Fertigstellung dieses Kindergartens werde für Ende 2017 gerechnet. Der evangelische Kindergarten im Talfeld erhalte 59 zusätzliche Plätze und zwei Ganztagesgruppen. Auch hier werde mit der Fertigstellung für Ende 2017 gerechnet. Die gestiegenen Flüchtlingszahlen würden sich aufgrund des Stichtages noch nicht signifikant auf die Bedarfsplanung auswirken. Mit den Kirchen und dem Landratsamt sei ausgemacht worden, dass dem Amt für Bildung, Betreuung und Sport die Flüchtlingszahlen gemeldet werden. Hier gebe es mittlerweile eine zentrale Anmeldestelle und seit Dezember seien 57 Flüchtlingskinder gemeldet worden. 28 davon seien bereits auf verschiedene Einrichtungen verteilt worden. Es sei vorgesehen, dass maximal zwei Flüchtlingskinder in derselben Gruppe betreut werden. Die restlichen Kinder stünden aktuell noch auf der Warteliste und würden dann zentral verteilt. Für das kommende Kindergartenjahr sei vereinbart worden, dass wenn möglich jeweils zwei Plätze freigehalten werden, um auch unterjährig noch Flüchtlingskinder aufnehmen zu können. Sollten weitere Flüchtlingskinder hinzukommen, werde das Amt für Bildung, Betreuung und Sport folgende Optionen prüfen: Der Weiterbetrieb der Kindertageseinrichtung Waldseerstraße wäre möglich, ebenso käme der Kindergarten Braithweg in Frage. Oder man könnte ehemalige Kindergartenstandorte wie St. Franziskus reanimieren, wobei dann für die aktuellen Nutzer der Gebäude Übergangslösungen gefunden werden müssten. Als Ausblick erwähnt Amtsleiterin Schneider folgende Projekte: Abschließen der Krippenverträge, Einführung der Kindergartensoftware, Abschluss neuer Kindergartenverträge und die Anpassung der Kindergartenbudgets. Auch das Tagesgeschäft bleibe spannend. Insbesondere die Personalversorgung sei aktuell problematisch. In mehreren Kindergärten seien mehrere Stellen unbesetzt. Hier seien sie nach wie vor auf der Suche.

StR Walter bedankt sich für den Bericht. Die vorgelegten Zahlen seien erfreulich und würden zeigen, dass sich die Arbeit der vergangenen Jahre nun auszahle. Kinderbetreuung sei ein wichtiges Thema. Er möchte darum bitten, die Planung künftig zunächst in allen Ortschaftsräten und erst dann im Hauptausschuss und Gemeinderat zu behandeln. Er habe einige Fragen: Erstens möchte er wissen, wie die Zusammenarbeit mit den verschiedenen Trägern funktioniere und ob die Kindergartensoftware mit der der verschiedenen Träger kompatibel sein werde. In diesem Zusammenhang habe er sich auch gefragt, wie es mit der AG Kindergarten aussehe. Bezüglich der angesprochenen Personalengpässe würde ihn interessieren, ob die unterschiedlichen Träger nicht auch hier zusammenarbeiten und einen gemeinsamen Personalpool einrichten könnten. Ferner möchte er wissen, ob der neue Krippenvertrag noch im Jahr 2016 abgeschlossen werde und ob die Leitungen der Kindergärten den Bericht zur Kindergartentour von ihr und Oberbürgermeister Zeidler erhalten werden. Abschließend erkundigt er sich, was unter Bildung bei ein- bis zweijährigen Kindern zu verstehen sei und was auf die Stadt zukomme, wenn das Land, wie unlängst berichtet wurde, ein Gütesiegel für Kindertageseinrichtungen einführen möchte. Er möchte festhalten, dass das Niveau der Kinderbetreuung in Biberach sehr hoch sei. Die CDU werde dieses auch künftig fördern und stimme den Beschlussanträgen daher gerne zu.

Amtsleiterin Schneider teilt mit, dass die Entscheidung über die Kindergartensoftware noch ausstehe. Man sei noch in der Abwägungsphase und führe derzeit viele Gespräche. Natürlich möchte man erreichen, dass die Programme kompatibel sind, schließlich gehe es dabei um eine Verringerung des Aufwands. Ein gemeinsamer Personalpool sei bereits im Gespräch gewesen, allerdings müsse dann auch jeder etwas dazu beitragen. Zudem sei fraglich, ob dadurch die Situation wirklich vereinfacht werde. Nicht nur die Stadt habe Probleme, Personal zu finden, sondern auch die

Kirchen. Hier gelte es für die Stadt, attraktiv für Bewerber zu bleiben. Der Abschluss des neuen Krippenvertrags solle noch im Jahr 2016 erfolgen. Sobald der vorliegende Kindergartenbedarfsplan beschlossen sei, werde man sich daran machen. Zur Kindergartentour von Oberbürgermeister Zeidler und ihr gebe es ein Protokoll, das die Kindergartenleitungen auch noch erhalten werden. Bildung in dieser Altersklasse sei weit gefasst. Unter anderem falle eine bewusste Ernährung und musische Früherziehung darunter. Es werde in Biberach schon viel in diese Richtung unternommen, aber letztlich sei auch sie gespannt, was da künftig noch auf die Stadt zukommen werde.

OB Zeidler ergänzt hinsichtlich der AG Kindergarten, dass diese mit rund 20 Personen mittlerweile ein sehr großes Gremium sei. Er sei der Überzeugung, dass ein Gremium umso geringere Ergebnisse abwerfe, je größer es sei. Deshalb solle seiner Ansicht nach eher die Arbeitsebene gestärkt und die Probleme dort angegangen werden, wo sie tatsächlich anfallen. Wenn man sich zudem anschau, welche Themen aktuell vom ABBS angegangen werden, dann stelle sich doch die Frage, inwiefern dies alles für Elternvertreter, Vertreter des Hospitals oder auch des KBZO von Belang sein sollte. Zudem habe die Stadt seiner Ansicht nach trotz Subsidiaritätsprinzip einen Steuerungsanspruch beim Thema Kinderbetreuung und diesen lasse er sich auch nicht aus der Hand nehmen. Subsidiarität gelte für die Frage, wer letztlich als Träger auftritt, aber da die Stadt Hauptfinanzier ist, sollte auch sie die Zügel in der Hand behalten. Es sei gut, sich einmal im Jahr im Vorfeld der Bedarfsplanung in der AG Kindergarten zu treffen und dann Arbeitsaufträge zu verteilen, die dann entsprechend abgearbeitet werden. So kenne er dies und so habe es bisher auch immer gut funktioniert.

StRin Kübler führt aus, dass im Bereich Kinderbetreuung viel Bewegung drin sei. Wichtig für die SPD sei, die Betriebsformen anzupassen und an den Bedarf auszurichten. In Ringschnait würden zwar Plätze fehlen, es sei aber erfreulich, dass sich diese Lage nun entspanne. Sie würde interessieren, weshalb der Bericht in seiner Ganzheit in Ringschnait abgelehnt wurde und warum in der Innenstadt kein Handlungsbedarf gesehen wird. Belegplätze für Firmenmitarbeiter seien ihrer Ansicht nach wichtig, stellen diese doch oftmals ein wichtiges Kriterium bei der Arbeitsplatzsuche dar. Das Thema Belegplätze beschränke sich auch nicht nur auf Boehringer Ingelheim, sollten andere Firmen auf die Stadt zukommen, so müsse auch in diesen Fällen etwas unternommen werden. Die Entwicklung des Bedarfs an Kindergartenplätzen vorherzusagen, sei generell sehr schwierig. Auch das Thema Flüchtlinge sei ihrer Ansicht nach noch nicht abgeschlossen. Sie würde sich wünschen, dass die AG Kindergarten weitergeführt werde. Für die Beteiligten sei diese bereichernd, da sie dabei viel Hintergrundwissen erhalten.

Amtsleiterin Schneider erläutert, dass sich die Situation mit der Einrichtung des Kindergartens in der Memelstraße erheblich verbessern werde. Hier werde man zwölf zusätzliche Plätze anbieten können. Bei der Umwandlung der Regelgruppen im St. Nikolaus-Kindergarten handele es sich um Optionen. Hier müsse man die Nachfrage beobachten. Hinsichtlich der Belegplätze sei bisher nur Boehringer Ingelheim auf sie zugekommen, man sei aber natürlich auch offen für andere Firmen. Die Flüchtlingssituation schätze sie ähnlich ein. Hier müsse gegebenenfalls Geld in die Hand genommen werden.

StRin Goeth weist darauf hin, dass die Geburtenentwicklung von Stadtteil zu Stadtteil unterschiedlich aussehe. Die Stadt und die kirchlichen Träger seien bemüht, den Wünschen der Eltern zu entsprechen und oftmals gelinge es auch, die Kinder entsprechend unterzubringen. Die Stadt gebe auch eine Menge Geld für neue Kindergärten aus. Trotzdem müssten Flüchtlingskinder zum

Öffentliche Sitzung des Hauptausschusses am 27.06.2016

Teil mehr als ein halbes Jahr auf einen Kita-Platz warten. Ihrer Ansicht nach müssten die Eltern einsehen, dass sich das Angebot an Kita-Plätzen am langfristigen Durchschnittsbedarf orientiere und nicht am Spitzenbedarf. Ringschnait müsse sich daher auch mit einer gewissen Durststrecke und provisorischen Lösung abfinden. Dass dies für die betroffenen Eltern ärgerlich ist, sei klar, dennoch halte sie es für zumutbar.

StRin Hölz möchte wissen, warum beim Angebot zur Förderung der Kindertagespflege nur wenig abgerufen wurde.

Amtsleiterin Schneider erklärt, dass mitunter steuerliche Gründe hierfür verantwortlich waren. Zum Teil seien die zu betreuenden Kinder auch nicht aus Biberach gewesen und dann gebe es nur eine anteilige Förderung.

StR Funk möchte wissen, ob es den Kindergartenbericht künftig jedes Jahr geben werde. Dies sei ein alter Wunsch der FDP-Fraktion. Ebenso habe die FDP den Wunsch, darüber zu diskutieren, Kinderkrippenplätze in einer Hand zu bündeln und vom Hospital zur Stadt zu transferieren. Ebenso möchte die FDP ein gebührenfreies letztes Kindergartenjahr. Die Arbeitsgemeinschaft Kindergarten werde von der FDP abgelehnt, er sei dankbar über die klaren Worte von Oberbürgermeister Zeidler zu diesem Thema.

OB Zeidler teilt mit, dass eigentlich eine Verpflichtung zur jährlichen Vorlage des Berichts bestehe, da er Grundlage für den Kindergartenbedarfsplan sei.

Amtsleiterin Schneider ergänzt, dass die Trägerschaft des Kindergartens im Gaisental noch offen sei. Der Wunsch der FDP nach einem freien letzten Kindergartenjahr sei ihr bekannt.

StRin Kübler möchte wissen, ob die Belegplätze von Firmen auch für Kinder außerhalb Biberachs zur Verfügung stehen.

Amtsleiterin Schneider bejaht dies, die Kinder könnten auch von außerhalb Biberachs kommen.

Ortsvorsteher Boscher erklärt, dass der Ortschaftsrat nicht zugestimmt habe, weil die örtlichen Begebenheiten nicht ausreichend berücksichtigt worden seien. Mit der räumlichen Situation sei man am Limit und die Kinder könnten nicht einfach auf andere Kindergärten in Biberach verteilt werden. Zudem leide Ringschnait nach wie vor unter den Schäden durch das Hochwasser. Hier müsse nach einer Lösung gesucht werden. Auch müsse berücksichtigt werden, dass Ringschnait eine hohe Geburtenrate aufweise. Abschließend bekräftigt er seinen Wunsch, dass der Bericht künftig zuerst in allen Ortschaften behandelt werden sollte.

OB Zeidler teilt mit, dass dies wünschenswert gewesen wäre, allerdings hätte der Bericht dann erst nach der Sommerpause ins Gremium eingebracht werden können.

Ohne weitere Aussprache fasst der Hauptausschuss einstimmig folgen

Beschluss:

Dem Gemeinderat wird empfohlen, gemäß der Beschlussvorlage der Verwaltung zu beschließen.

TOP 3. Erstellung einer Meldestelle und eines Richterhauses für Veranstaltungen der Reitervereinigung Biberach e. V. - Zuschuss der Stadt Biberach 125/2016

Dem Hauptausschuss liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 125/2016 zur Beschlussfassung vor.

StR Funk meint, dass wenn die Stadt mehr Zuschuss gibt als eigentlich beantragt wurde, die Richtlinien überdacht werden sollten. Nichtsdestotrotz freue er sich aber für den Verein und stimme der Vorlage gerne zu.

Ohne weitere Aussprache fasst der Hauptausschuss einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Für den Bau einer Meldestelle und eines Richterhauses für Veranstaltungen der Reitervereinigung Biberach e. V. gewährt die Stadt Biberach einen Zuschuss in Höhe von 25 % aus den anrechnungsfähigen Baukosten für den sportfunktionalen Bereich. Bei förderfähigen Gesamtkosten von maximal 20.730 € entspricht dies einem Zuschuss von höchstens 5.180 €.**
- 2. Darüber hinaus erhält die Reitervereinigung Biberach e. V. für die dargestellten Baumaßnahmen einen zusätzlichen Investitionszuschuss. Bei anerkannten Baukosten von 18.310 € entspricht dies einem zusätzlichen Zuschuss von maximal 4.840 €.**
- 3. Der Zuschuss wird entsprechend dem Baufortschritt frühestens ab dem Haushaltsjahr 2016 ausbezahlt.**

TOP 4. Genehmigung der Übernahme eines Abmangels bei den Märkten 139/2016 für das Jahr 2015

Dem Hauptausschuss liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 139/2016 zur Beschlussfassung vor.

Ohne Aussprache fasst der Hauptausschuss einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Der Übernahme eines Abmangels bei den Jahrmärkten für das Jahr 2015 in Höhe von 7.872,71 € wird zugestimmt.**
- 2. Der Übernahme eines Abmangels bei den Wochenmärkten für das Jahr 2015 in Höhe von 23.817,98 € wird zugestimmt.**
- 3. Da die beschlossene Erhöhung der Marktgebühren erst zum Jahr 2017 komplett umgesetzt werden kann, ist im Jahr 2016 eine außerplanmäßige Ausgabe in Höhe von 31.690,69 € zu leisten. Die Deckung dieser außerplanmäßigen Ausgabe erfolgt in gleicher Höhe aus Mitteln des Grunderwerbs, Haushaltsstelle 2.8810.932000.**

TOP 5. Fortschreibung des Kulturbudgets für den Zeitraum 2017-2019 118/2016

Dem Hauptausschuss liegt die Drucksache Nr. 118/2016 zur Vorberatung vor.

Kulturdezernent Dr. Riedlbauer stellt klar, dass er kein höheres Kulturbudget möchte. Trotz allgemeiner Kostensteigerungen möchte er weiterhin mit dem Budget wirtschaften, das damals 2010 vom Gemeinderat bewilligt wurde. Das heißt, es bleibe auch bei der Verpflichtung des Kulturdezernats, jährlich 490.000 Euro Überschuss zu erwirtschaften. Hierzu müsse er sagen, dass die letzten drei Jahre zwar defizitär gewesen seien, dies jedoch mit großen Überschüssen aus den Vorjahren habe ausgeglichen werden können. Desweiteren verweist er auf seine Präsentation, die dieser Niederschrift als **Anlage** beigelegt ist, in der er die wichtigsten Veranstaltungen aus dem Kulturbereich dargestellt habe. Hervorheben möchte er die unterschiedliche Einnahmesituation der verschiedenen Kultureinrichtungen. Museum, Bücherei und Stadtarchiv hätten nicht einmal ansatzweise die Möglichkeit, Einnahmen wie die Volkshochschule oder die Stadthalle zu generieren. Von daher sei das Gesamtbudget sinnvoll. Mit einem Antrag auf Budgeterhöhung möchte er erstmals ab dem Jahr 2020 auf das Gremium zukommen müssen.

StR Dr. Schmid führt aus, dass sich das Kulturbudget bewährt habe. Er begrüße es, dass das Geld offensichtlich ausreiche, trotz allgemeiner Kostensteigerung und einer Erweiterung des kulturellen Angebots.

StR Dr. Metzger bezeichnet die Subventionierung des Museums über die Musikschule als fragwürdig und schwer vermittelbar. Er halte dies für ein Hin- und Hergeschiebe zwischen einzelnen Ämtern. Ihn würde interessieren, ob das Angebot der Museumspädagogik für alle Schulen Biberachs gelte. Seiner Ansicht nach sollte dies auf alle Schulen ausgeweitet werden. Auch würde ihn interessieren, weshalb bei der Stadtbücherei keine Gebührenerhöhung in Erwägung gezogen werde.

Kulturdezernent Dr. Riedlbauer stellt klar, dass es sich beim Kulturbudget um ein Gesamtbudget handele. Ein budgetinterner Ausgleich sei sinnvoll, da es um die Kultur in Biberach insgesamt gehe und Einrichtungen wie das Museum eben überhaupt nicht die Möglichkeit hätten, hohe Einnahmen zu erwirtschaften. Bei der Museumspädagogik seien alle Schularten mit dabei. Eine Erhöhung der Gebühren der Stadtbücherei sei nicht ins Auge gefasst worden, weil die letzte Gebührenerhöhung zu einem deutlichen Rückgang der ausgestellten Leseausweise geführt habe.

StRin Goeth stimmt StR Dr. Schmid zu. Auch aus ihrer Sicht habe sich das Gesamtbudget bewährt. Rund 8,1 Mio. Euro gebe die Stadt für ihre Kultur aus. Dies sei sehr großzügig. Das Kulturbudget sei für Außenstehende nicht ganz leicht zu verstehen, sie hoffe, dass die Presse es für alle Leser verständlich darstellen werde. Im Übrigen werde zwar keine Erhöhung des Budgets gefordert, aber hier und auch im Kulturbericht seien Wünsche nach zusätzlichen Stellen enthalten.

StR Funk teilt mit, sich zu enthalten. Er sei gegen das Budget, da damit wichtige Entscheidungen der Verwaltung überlassen werden. Seiner Ansicht nach sollte der Gemeinderat die wichtigen Entscheidungen treffen. Ihn würde interessieren, warum die Verwaltung unbedingt die Budgetierung möchte. Die geplanten Gebührenerhöhungen würden zeigen, dass eigentlich nicht gespart worden sei.

OB Zeidler entgegnet, dass StR Funk doch ein Verfechter des Schulbudgets sei. Im Übrigen möchte er im Gemeinderat nicht über eine Waldausstellung abstimmen. Solche Einzelentscheidungen sollten im Kulturdezernat getroffen werden.

Öffentliche Sitzung des Hauptausschusses am 27.06.2016

StR Funk erwidert, dass diese Budgets nicht direkt vergleichbar seien. Schließlich würde ja auch nicht dem Wieland-Gymnasium etwas weggenommen und dem Pestalozzi-Gymnasium gegeben.

Kulturdezernent Dr. Riedlbauer erklärt, dass die Verwaltung mit einem Budget wesentlich flexibler agieren könne. Unter anderem gebe es hier kein Dezember-Fieber. Im neuen kommunalen Haushaltsrecht werde übrigens ebenfalls budgetiert.

StR Abele stellt klar, dass er nicht alles kontrollieren wolle. Er sei dafür, Ziele vorzugeben und deren Erreichung in regelmäßigen Abständen zu überprüfen. Die CDU sei daher grundsätzlich für die Budgetierung, allerdings müsse, wenn in einigen Jahren die Erhöhung diskutiert werde, auch die Systematik des Budgets überprüft werden. Es müsse transparenter werden und klar sei auch, dass Biberach nicht immer mehr ausgeben könne.

Ohne weitere Aussprache fasst der Hauptausschuss bei 1 Enthaltung (StR Funk) und restlichen Ja-Stimmen folgenden

Beschluss:

- 1. Der bestehende Vertrag über das Kulturbudget wird unter Streichung des bisherigen Passus 2. 2. e) in Drucksache 118/2016 bis zum 31. Dezember 2019 verlängert.**
- 2. Das Kulturbudget beträgt unverändert -490.000 Euro.**

**TOP 6. Kulturbericht 2013-2014-2015
Kulturausblick 2016-2017-2018-2019-2020**

119/2016

Dem Hauptausschuss liegt die Drucksache Nr. 119/2016 zur Kenntnisnahme vor. Dieser Niederschrift liegt als **Anlage** die Powerpoint-Präsentation von Kulturdezernent Dr. Riedlbauer bei.

Kulturdezernent Dr. Riedlbauer verweist auf den vorliegenden Bericht und kündigt an, sich deshalb kurz halten zu wollen. Im Berichtszeitraum habe es 12.800 Veranstaltungen in den Kultureinrichtungen gegeben. Diese seien von knapp 1,8 Mio. Bürgern besucht worden. Bei den durchgeführten Veranstaltungen sei das gesamte Spektrum abgedeckt worden. Das umfangreiche Kulturangebot trage erheblich zur Attraktivität der Stadt Biberach bei. Die lancierte Social-Media-Kampagne sei ebenfalls sehr erfolgreich angelaufen. Nach der Verlängerung der Öffnungszeiten des Einzelhandels in der Innenstadt habe man überlegt, dies durch eine Änderung der Öffnungszeiten der Kultureinrichtungen zu flankieren. Wenn man dies wolle, müsse aber klar sein, dass hierfür mehr Personal erforderlich wäre. Wie bereits beim Kulturbudget erwähnt, sei ihm der Netzwerkgedanke in der Kulturarbeit wichtig. Zur Kulturarbeit gehören ferner auch die Städtepartnerschaften. Mit gemeinsamen Aktionen mit den Partnerstädten sollte deutlich gemacht werden, dass es hier einen gemeinsamen Kulturraum gibt. Pläne für eine Städtepartnerschaft mit der Türkei seien zunächst zurückgestellt worden, da sich gezeigt habe, dass noch kein ausreichend großes gemeinsames Interesse vorhanden ist. Solch eine Städtepartnerschaft müsse aber von den Bürgern getragen werden. In diesem Zusammenhang möchte er dem Partnerschaftsverein für die geleistete Arbeit danken. Vereine wie der Partnerschaftsverein, der Dramatische Verein oder auch die zahlreichen Musikvereine seien wichtig, um zusätzliches Publikum zu erschließen. Dieses bürgerschaftliche Engagement für die Kultur müsse stärker vernetzt und immer wieder zusammengeführt werden. Wichtig seien auch innovative Veranstaltungen wie der Club Modern, Innovation und Tradition dürften sich nicht ausschließen. Unter dem Motto "Maker Spaces" soll das Kulturleitthema des nächsten Jahres Bürgern die Möglichkeit geben, selbst Kultur und Kunst zu produzieren.

StR Walter meint, dass die einzelnen Kultureinrichtungen noch enger zusammenarbeiten könnten. Hier sei mehr Kreativität und Phantasie gefordert. Der Kulturparcours zeige deutlich, wie viel Potential in Biberach vorhanden sei. Es sollte auch mehr auf die Bevölkerung zugegangen werden. Wie StR Dr. Metzger sei auch er der Ansicht, dass alle Schulen bei der Museumspädagogik mit eingebunden werden sollten. Ein Museum mit Mittagspause sei seiner Ansicht nach nicht mehr zeitgemäß. Er hoffe hier auf kreative Lösungsvorschläge, ohne sofort an Stellenmehrungen zu denken. Von Musikern werde auch immer wieder der fehlende Vorspielsaal in der Musikschule angesprochen. Hier wolle er anregen, die schon länger bestehenden Planungen eines Anbaus an die Musikschule wieder aufzunehmen. Dies gelte unabhängig vom Fortbestand des Pestalozzi-Hauses.

StR Dr. Metzger würde sich für den nächsten Kulturbericht einen Vorspann mit einer kurzen Zusammenfassung wünschen. Die Verlagerung der Tourist-Info mit dem Kartenservice ins Rathaus finde er gut. In diesem Zusammenhang würde ihn interessieren, ob der Stellenzuwachs hierfür in Höhe von 0,9 Stellen ausreichend sei. Den Begriff "maker spaces" halte er für das Kulturleitthema nicht für geeignet. Hierbei handele es sich nicht nur um Neudeutsch, sondern sogar um Neuenglisch. Der Begriff dürfte nur wenigen Personen geläufig sein. Er möchte daher darum bitten, einen anderen Begriff für das Leitthema zu finden. Das Thema Pestalozzi-Haus im Kulturbericht einzuführen, ehe sich Musikdirektor Winter hierzu geäußert habe, halte er für etwas problematisch.

StRin Goeth teilt mit, dass der Bedarf an Ehrenämtern für die Artothek der Ehrenamtsbörse nie gemeldet worden sei. Ansonsten hätten sie hierfür Werbung gemacht und sie sei sich sicher, dass man hier Freiwillige gefunden hätte. Mit der Zertifizierung der VHS sollte nicht bis 2018 gewartet werden. Die Einrichtung von automatischen Türöffnern bei der VHS werde zwar teuer, allerdings seien diese notwendig. Bevor zusätzliches Personal für längere Öffnungszeiten im Museum benötigt werde, sollte vorher geprüft werden, ob nicht auch zeitliche Verschiebungen möglich wären. So würde sie interessieren, wie viele Menschen tatsächlich werktags zwischen 10 und 11 Uhr das Museum besuchen. Die Anzahl der Betten in Biberach erscheine ihr mit 900 sehr hoch gegriffen. Sie würde gerne wissen, wie diese hohe Zahl zustande gekommen sei.

StR Dr. Schmid begrüßt die Anpassung der Öffnungszeiten an jene des Einzelhandels, die vielen Kulturvereine Biberachs sollten seiner Ansicht nach besser gepflegt werden. Dieser Aspekt habe ihm etwas gefehlt. Die Preise für die Kulturangebote in Biberach seien moderat, dies begrüße er ausdrücklich, da so breite Bevölkerungsschichten in den Genuss von Kulturveranstaltungen kommen.

StR Funk verweist noch einmal auf die hohen Ausgaben für die Kultur in Biberach. Angesichts dessen würde er durchaus gerne öfters über einzelne Veranstaltungen abstimmen.

Kulturdezernent Dr. Riedlbauer führt aus, dass Kulturparcours und auch das Kulturleitthema die Kulturschaffenden einen. Die Bereitschaft, sich hier einzubringen, sei über die Jahre enorm gestiegen. Habe es vor Jahren noch ein kleines Faltblatt mit circa 20 Veranstaltungen gegeben, so müsse man mittlerweile halbjährlich einen Flyer herausgeben, weil es so viele Angebote gibt. Bezüglich der Öffnungszeiten erklärt er, dass man über eine Verschiebung reden könnte, allerdings hätte man dann doch wieder dasselbe Problem, denn der Einzelhandel habe eben durchgehende Öffnungszeiten. Ob die zusätzliche 0,9-Stelle für die Tourist-Info ausreiche, könne er zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht definitiv sagen. Dies müsste man noch über einen längeren Zeitraum beobachten. In gewisser Hinsicht handele es sich bei maker spaces um einen Hobbykeller. Er fände den Begriff Hobbykeller auch gar nicht so schlecht, vielleicht gelänge es damit, noch mehr Bürger zum Mitmachen zu animieren. Das Pestalozzi-Haus habe er deshalb mit in den Bericht aufgenommen, weil ihn dieses Thema im Berichtszeitraum tangiert habe. Hinsichtlich der Artothek fände er es schön, wenn sich hier etwas ergäbe. Die hohe Bettenzahl komme durch Transfers zustande, beispielsweise wenn Gäste von Boehringer Ingelheim in Biberach in Ulm untergebracht seien. In Biberach würden Betten fehlen.

Damit hat der Hauptausschuss Kenntnis genommen.

TOP 7. Finanzierung MuBiGs-Unterricht ab 2016

108/2016

Dem Hauptausschuss liegt die Drucksache Nr. 108/2016 zur Vorberatung vor.

StR Abele meint, dass sich das Projekt bewährt habe.

StRin Holl begrüßt das Angebot und auch StRin Hölz und StRin Etzinger bekunden ihre Zustimmung.

StR Funk schließt sich seinen Vorrednern an. Allerdings gehöre seiner Ansicht nach in die Vorlage die Info darüber, ob das Projekt innerhalb oder außerhalb des Kulturbudgets finanziert werde.

Kulturdezernent Dr. Riedlbauer erklärt, dass etwaige Mehrkosten nach Übereinkunft aus dem Etat des Amtes für Bildung, Betreuung und Sport bestritten würden.

Ohne weitere Aussprache fasst der Hauptausschuss einstimmig folgenden

Beschluss:

Dem Gemeinderat wird empfohlen, gemäß der Beschlussvorlage der Verwaltung zu beschließen.

TOP 8. Bruno-Frey-Musikschule 107/2016
Erhöhung der Gebühren und Änderung der Benutzungsordnung

Dem Hauptausschuss liegt die Drucksache Nr. 107/2016 zur Vorberatung vor.

StR Abele teilt mit, dass die Gebührenerhöhung nicht schön sei, aber man müsse sich mit dem Thema auseinandersetzen. Die CDU werde der Gebührenerhöhung zustimmen.

StRin Holl möchte wissen, was unter der Geschwisterermäßigung zu verstehen sei und wie diese Ermäßigung mit dem Stadtpass zusammenhänge. Die Reduzierung des Erwachsenenzuschlags sehe sie sehr positiv.

StR Heinkele erkundigt sich, wer die von der Musikschule verliehenen Instrumente versichere. Der Absenkung des Erwachsenenzuschlags könne er zustimmen.

StRin Hölz teilt die Ansicht ihrer Vorredner. Die Erhöhung sei moderat und könne von den Grünen mitgetragen werden.

StR Funk erklärt, dass er den Vorlagen zustimmen werde.

Musikdirektor Winter erklärt, dass Familien mit drei Kindern eine Ermäßigung erhalten. Diese sei jedoch nicht mit dem Stadtpass kombinierbar. Der Erwachsenenzuschlag in Höhe von 50 Prozent sei nicht konkurrenzfähig gewesen. Die Nachfrage in diesem Bereich sei sehr hoch und die Anzahl der angebotenen Stunden gering. Dennoch gebe es einige Personen, die gerne mehr Stunden nehmen würden. Die Instrumente seien versichert. Die Musikschule habe einen Rahmenvertrag mit sehr günstigen Konditionen und der Umgang der Kinder mit den Instrumenten sei bisher besser als erwartet.

Ohne weitere Aussprache fasst der Hauptausschuss einstimmig folgenden

Beschluss:

Dem Gemeinderat wird empfohlen, gemäß der Beschlussvorlage der Verwaltung zu beschließen.

TOP 9. Erhöhung des Museumseintritts

120/2016

Dem Hauptausschuss liegt die Drucksache Nr. 120/2016 zur Vorberatung vor.

StRin Holl erklärt, der Erhöhung der Eintrittspreise zustimmen zu können. Man liege damit immer noch im Rahmen vergleichbarer Museen.

StR Heinkele teilt die Ansicht seiner Vorrednerin, das Museum Biberach müsse sich nicht verstecken. Mit seinen Eintrittspreisen bewege sich das Museum immer noch im unteren Drittel verglichen mit Museen des Umlands. Der Blick auf den Kostendeckungsgrad bringe seiner Ansicht nach bei einem Museum gar nichts, von daher solle man dies gleich bleiben lassen.

StR Dr. Schmid bezeichnet es als paradox, dass den Mitgliedern des Fördervereins vergünstigter Eintritt ins Museum gewährt werde. Wenn man das Museum fördern wolle, müsse man doch auch bereit sein, den regulären Eintrittspreis zu bezahlen. Dies sei eigentlich ein Widerspruch. Er würde es begrüßen, wenn man diesen Passus herausnehmen würde.

StR Funk teilt mit, der Vorlage zustimmen zu können. Die Preise seien immer noch moderat.

Museumsleiter Brunecker stellt klar, dass die Ermäßigung für Mitglieder des Fördervereins nicht abgeschafft werde. Im Übrigen sei klar, dass für Ermäßigungen natürlich der Ausweis vorgezeigt werden müsse.

StR Funk ergänzt, dass die Gesellschaft für Heimatpflege das Museum demnächst unterstützen werde. Das Fass mit Ermäßigungen würde er nur ungern aufmachen wollen.

Ohne weitere Aussprache fasst der Hauptausschuss einstimmig folgenden

Beschluss:

Dem Gemeinderat wird empfohlen, gemäß der Beschlussvorlage der Verwaltung zu beschließen.

TOP 10. Anpassung der vhs-Entgelte

102/2016

Dem Hauptausschuss liegt die Drucksache Nr. 102/2016 zur Vorberatung vor.

Für StRin Kübler geht die Anpassung der Entgelte in Ordnung. Sie bitte aber darum, die Zahl 50 als Ziel beim Kostendeckungsgrad künftig zu streichen. Die VHS sei eine Einrichtung des lebenslangen und lebensbegleitenden Lernens. Zudem soll die Volkshochschule zur Chancengleichheit beitragen. Dem VHS-Leiter sollte aufgrund dieser großen Bedeutung der VHS etwas mehr Flexibilität zugestanden werden.

StR Heinkele meint, dass sich die VHS bei den Dozentenonoraren nicht am unteren Ende bewegen sollte. Ansonsten bekäme man irgendwann kein Personal mehr.

VHS-Leiter Szollar erklärt, dass Investitionen den Kostendeckungsgrad gesenkt hätten.

Ohne weitere Aussprache fasst der Hauptausschuss einstimmig folgenden

Beschluss:

Dem Gemeinderat wird empfohlen, gemäß der Beschlussvorlage der Verwaltung zu beschließen.

TOP 11. Bekanntgabe von in nichtöffentlichen Hauptausschusssitzungen gefassten Beschlüssen 128/2016
- HA 25.02.16, 17.03.16 und 21.04.16

Dem Hauptausschuss liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 128/2016 zur Kenntnisnahme vor.

Damit hat der Hauptausschuss Kenntnis genommen.

**TOP 12. Verschiedenes – FDP-Antrag zur Information über Hochwasser-
schutzmaßnahmen**

StR Funk teilt mit, dass die FDP einen Antrag in den Gemeinderat einbringen möchte mit der Bitte, dass Tiefbauamtsleiter Rechmann die aktuellen Hochwasserschutzmaßnahmen in Bachlangen für den Gemeinderat aufbereite.

OB Zeidler erklärt, dass die Information bereits ausführlich im Bauausschuss stattgefunden habe.

StR Abele bittet darum, keine Schnellschüsse zu unternehmen.

OB Zeidler unterbreitet den Vorschlag, eine öffentliche Informationsveranstaltung im Heinz H. Engler-Forum abzuhalten. Dies sei auch gegenüber den Betroffenen bereits angekündigt worden.

StR Funk erklärt sich mit diesem Vorgehen einverstanden.

Hauptausschuss, 27.06.2016, öffentlich

Zur Beurkundung:

Vorsitzender:	Oberbürgermeister Zeidler
Stadträtin:	Goeth
Stadtrat:	Abele
Schriftführer:	Achberger
Gesehen:	EBM Wersch
Gesehen:	BM Kuhlmann